



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder,  
Familie  
am 25. Januar 2023  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

---

**Vorsitz :**

**Ingo von Seemen (Die Linke)**

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil):** 17:31 Uhr

**Ende:** 19:24 Uhr

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenlisten zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL Nrn. 01/23, 03/23)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

## Öffentliche Sitzung

Stv. Braun vertreten durch Stv. Vinha  
Vorsitzender Rutten vertreten durch Stv. Enders  
Stv. Wagenbach vertreten durch Stv. Dr. Wittkowski

Die Niederschrift erfolgt in der Reihenfolge der Einladung zur Sitzung.

## Tagesordnung I

### 0001 Tagesordnung

Der Tagesordnung wird unter Berücksichtigung folgender Änderungen zugestimmt:

Der Tagesordnungspunkt 3/I **„Sozialhilferechtliche Leistungsprüfung im Fall der Wohnungsvermietung des ehemaligen Oberbürgermeisters an seine Mutter“** (23-F-69-0001) wird zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Revisionsausschuss überwiesen.

Der **Antrag „Schulcatering - Preissteigerungen und Einhaltung von Qualitätsstandards“** (23-F-22-0005) wird auf die Tagesordnung aufgenommen und gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 5/I und 6/I beraten.

Der **Antrag des Ausländerbeirates „Regeln für Politikerinnen und Politiker aus dem Ausland während einer Wahlkampfphase“** wird von der Fraktion Die Linke als eigenen Antrag übernommen und wird auf die Tagesordnung aufgenommen. Der Antrag wird nach Tagesordnungspunkt 9/I aufgerufen.

Im Übrigen bleibt die Tagesordnung unverändert.

**Einstimmig**

### 0002 Genehmigung der Niederschrift über Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 30.11.2022

Einstimmig genehmigt

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie am 25. Januar 2023

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

0003 23-A-79-0003

Wahl Nachrückende/-r des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie für die Jury des Wiesbadener Integrationspreises

Auf Vorschlag der Kooperation aus Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke und auf Vorschlag der CDU wird

**Stv. André Weck**

zum Nachrücker des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie für die Jury des Wiesbadener Integrationspreises wird gemäß § 5 der Teilnahmestatuten gewählt.

**Einstimmig**

0004 23-F-69-0001

Sozialhilferechtliche Leistungsprüfung im Fall der Wohnungsvermietung des ehemaligen Oberbürgermeisters an seine Mutter  
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 18.01.2023 -

Stv. Ruf beantragt, den Antrag zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Revisionsausschuss **überweisen**.

dafür: Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke, FW/Pro Auto

dagegen: CDU, FDP, AfD, BLW/ULW/BIG

somit wird der Antrag auf Überweisung **angenommen**.

0005 23-F-63-0006

Gewalt gegen ältere Menschen in stationärer und teilstationärer Pflege  
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 18.01.2023 -

Einstimmig **angenommen**

## Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie am 25. Januar 2023

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte 5/I und 6/I werden gemeinsam mit dem Antrag aus dem Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften „Schulcatering - Preissteigerungen und Einhaltung von Qualitätsstandards“ (23-F-22-0005) beraten.

Zu diesen Punkten ist Herr Klump (Abteilungsleitung Grundschulkinderbetreuung; Amt für Soziale Arbeit) und Frau Dr. Rauleder (Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz) anwesend.

### Protokollnotiz:

Stv. Apel spricht ihr Lob dafür aus, in welcher Schnelligkeit eine Alternativlösung für die Schulstandorte gefunden werden konnte.

Stadtrat Manjura berichtet, dass es bei drei Schulen noch kein alternatives Versorgungskonzept gibt. Bei zweien wurden die Küchen versiegelt, bei der Gerhard-Hauptmann-Schule findet am kommenden Montag ein Gespräch statt.

Die Kommunikation der Stadt mit den Eltern läuft über die jeweiligen Schulleitungen. Oberste Priorität ist es, eine gute Essensversorgung sicherzustellen.

In dem Kontext kündigt Stadtrat Manjura eine Sitzungsvorlage betr. eine Anpassung der Satzung der Städtischen Kindertagesstätten an. Mittelfristig wird der aktuelle Verpflegungsbeitrag aufgrund der Inflation nicht mehr ausreichen und muss daher angepasst werden, um vor allem Qualitätseinbußen zu vermeiden. Möglichkeiten der Refinanzierung sind hierbei nach wie vor gegeben.

Herr Klump berichtet, dass die Stadt mit 12 Caterern in den Grundschulen kooperiert und sich dabei, in Abhängigkeit von den jeweiligen Möglichkeiten, bewusst breit und mit einem bunten Sortiment aufstellt.

Die Standardzubereitung wird das „Cook and chill-Verfahren“; an den wenigsten Schulen werde frisch gekocht. Die standortbezogene Betrachtung sei hierbei elementar, besonders auch im Hinblick auf die Preise (welches Zubereitungsverfahren? Rechnet der Caterer, die Stadt, der Träger der Betreuungsangebote ab?, wer stellt das Personal?).

Die Betriebsschließung kam für das Amt für Soziale Arbeit überraschend, es sei jedoch gelungen, in kürzester Zeit nahezu alle Schulen mit einem Verpflegungskonzept zu überbrücken (Stärkung des Schulkiosks, Lunchpakete...)

An der Sophie-und-Hans-Scholl-Schule wurde die Küche bereits wieder entsiegelt und vom Caterer geräumt. In Planung ist eine Grundreinigung und ein gemeinsamer Termin mit dem Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz sowie dem neuen Caterer bzgl. dem weiteren Vorgehen.

Bei der IGS Rheingauviertel liege ein bauliches Problem mit dem Fettabscheider vor. Hier sei man in ganz enger Abstimmung mit der Schulleitung.

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie am 25. Januar 2023

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Frau Dr. Rauleder berichtet, dass die "Caterer"\* (= Betrieb, an dem gekocht wird und vor Ort eine Ausgabe von Essen erfolgt) und Ausgabestellen ein Mal jährlich kontrolliert werden.

Die Frequenz der Kontrollhäufigkeit kann sich je nach vorgefundener Feststellungen jedoch verändern.

Im letzten Jahr haben die Lebensmittelkontrolleure bei acht Caterern\* mit Standort in Wiesbaden 14 Kontrollen durchgeführt und dabei 12 geringfügige Verstöße festgestellt. Im Anschluss daran werden entsprechende Nachkontrollen stattfinden.

Stv. Ruf fragt, inwieweit das Amt für Soziale Arbeit von der Schließung überrascht sein konnte. Erstmalig festgestellte Mängel sollten schnellstens an die zuständige Abteilung übermittelt werden, sodass frühzeitig evtl. Vorbereitungen/Maßnahmen getroffen werden können.

Stv. Ruf und Stv. Apel wünschen sich, dass für die Zukunft Rahmenbedingungen für eine bessere Zusammenarbeit der städtischen Ämter geschaffen werden.

Frau Dr. Rauleder teilt mit, dass die Weitergabe der Berichte, nach Rücksprache mit dem städtischen Datenschutzbeauftragten, aus datenschutzrechtlichen Vorschriften nicht möglich ist.

Es werde an einer Lösung betr. die Weitergabe baulicher Mängel gearbeitet. Für das Schulgebäude sei das Schulamt zuständig. In diesem Bereich möchte man erreichen, dass dort ein Informationsfluss gewährleistet wird.

Ein weiterer Schritt wäre, den Caterer künftig zu verpflichten, die Berichte des Amtes für Veterinärwesen und Verbraucherschutz selbst an das Amt für Soziale Arbeit weiterzugeben.

**0006 23-F-63-0008**

Caterer an Wiesbadener Schulen  
- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 18.01.2023 -

Einstimmig angenommen

**0007 23-F-69-0002**

Schließung eines Caterers für die Mittagsverpflegung in Wiesbadener Schulen  
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 18.01.2023 -

Einstimmig angenommen

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

0021 23-F-22-0005

Schulcatering - Preissteigerungen und Einhaltung von Qualitätsstandards  
- Antrag der Fraktionen von FDP und CDU vom 18. 01.2023 -

Einstimmig angenommen

0008 23-F-63-0010

Sachstand Euroschlüssel  
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 18.01.2023 -

Protokollnotiz:

Stv. Prof. Dr. Hafezi betont, dass hier nicht nur (schwer-)behinderte Menschen von dem Euroschlüssel profitieren könnten, sondern auch Seniorinnen und Senioren. Der Personenkreis, der von der Einführung des Zugangs per Euroschlüssel darüber hinaus berechtigt sein könnte, sollte daher breiter gefasst werden.

Dem Seniorenbeirat ist der Zugang und die ungenügende Ausschilderung zu öffentlichen Toiletten ein großes Anliegen und bittet den Ausschuss, dies zur Kenntnis zu nehmen. Herr Wöhrle (Seniorenbeirat) ergänzt, dass die Berechtigung bereits ab einem GdB 50 in Erwägung gezogen werden sollte, da hier bereits Menschen mit bspw. Inkontinenz betroffen sind.

Frau Knobloch (AK Behindertenorganisationen) begrüßt es, dass sich der Ausschuss mit der Thematik befasst. Auch in den AK-Sitzungen war die Ausschilderung öffentlicher Toiletten oft Gesprächsthema. Sie berichtet in dem Rahmen von einem Termin, bei dem Verbesserungen der Auffindbarkeit angekündigt wurden und fragt, wie weit die Umsetzung bereits fortgeschritten ist.

Sie betont, dass blinde Menschen zwar einen Zugang zu barrierefreien Toiletten per Euroschlüssel erhalten, jedoch kein dafür notwendiges Blindenleitsystem vorhanden ist.

Stv. Wardak erkundigt sich nach dem neusten Stand in der Beschlussumsetzung zum Vorgang „Eindeutige Beschilderung von Toiletten im öffentlichen Raum (22-F-69-0029)“.

Einstimmig angenommen

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie am 25. Januar 2023

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

0009 23-F-69-0003

Erstorientierungskurse für Geflüchtete  
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 18.01.2023 -

Protokollnotiz:

Stadtrat Manjura berichtet, dass in Wiesbaden keine Orientierungskurse in Erstaufnahmeeinrichtungen durch die VHS angeboten werden. Die im Antrag thematisierte Mittelreduzierung für Erstorientierungskurse der Bundesregierung findet in Wiesbaden somit keine Umsetzung.

Die Stadt Wiesbaden steht mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Kontakt und ermöglicht den ankommenden Menschen mit kommunalen Mitteln einen Integrationskurs in Anspruch nehmen zu können. Die Stadt habe in dem Rahmen das kommunale Sprachförderprogramm entwickelt, wo das Lernzentrum der VHS, die Servicestelle Deutsch und Angekommen e. V. teilnehmen.

Die Antragstellende Fraktion erklärt den Antrag durch Aussprache erledigt (einstimmig)

0010 23-F-63-0007

Sachstandsbericht zum Beitritt WHO Netzwerk „Age-friendly City“  
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 18.01.2023 -

Einstimmig angenommen

0022 23-F-55-0001

Regeln für Politikerinnen und Politiker aus dem Ausland während einer Wahlkampfphase  
- Antrag der Fraktion Die Linke vom 25.01.2023 -

Es liegt ein Dringlichkeitsantrag des Ausländerbeirates vor. Die Fraktion Die Linke übernimmt den Antrag und bringt diesen in den Ausschuss ein.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Stv. Weck beantragt, den Antrag wie folgt zu **ändern**:

Der Magistrat wird gebeten,

in Erfahrung bringen zu lassen, nach welchen Regeln *und in welchem Rahmen Werbung für ausländische Wahlen* in Deutschland und in Wiesbaden gemacht werden darf.

Einstimmig **in geänderter Fassung angenommen**

0011 23-A-79-0002

Sachstandsbericht zur Lage der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

Protokollnotiz:

Stadtrat Manjura berichtet, dass das Dezernat im ersten Quartal mit ansteigenden Zahlen von ukrainischen Flüchtlingen und generell im Bereich Asyl rechnet. Man sei dabei im Hinblick auf Liegenschaften und Personal gut aufgestellt.

Einstimmig **(Kenntnisnahme)**

0012 23-A-79-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

Protokollnotiz:

Stadtrat Manjura teilt mit, dass mit der Beschlussempfehlung des Ausschusses betr. die Personalaufstockung im Sachgebiet Wohngeldbehörde (TOP 5/II) ein gutes Signal für alle Beschäftigten gesetzt wurde. Die knapp 19 Stellen können nun sukzessive aufgebaut werden.

Die Beschlussfassung wirkt sich auf die Abteilung Kindertagesstätten aus, denn mit steigender Anzahl der wohngeldberechtigten Haushalte vermehrt sich ebenso die Anzahl der Haushalte, die von einer Kita-Beitragsbezugsbewilligung profitieren könnten.

Im Bereich der Ausländerbehörde konnten im Zuge der Umsetzung des Chancenaufenthaltsgesetzes noch keine neuen Stellen geschaffen werden. Die Verwaltung lädt in diesem Rahmen rund 350 bislang geduldete Personen ein, die unter



Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

bestimmten Voraussetzungen einen Aufenthaltstitel für 18 Monaten verliehen bekommen können. In diesem Zeitraum muss nachgewiesen werden, dass der Lebensunterhalt selbständig, mit eigenen zur Verfügung stehenden Mitteln, bestritten werden kann.

Stadtrat Manjura kündigt ferner zwei sozialinfrastrukturelle Sitzungsvorlagen an, die sich gerade in der Finalisierung befinden.

Dies betrifft zum einen den Neubau des Bürgersaals Biebrich, der sich unmittelbar auf den Standort der Sozialdienste Süd auswirkt.

Zum anderen wird das Stadtteilzentrum Gräselberg aufgrund erforderlicher Neuplanungen in Verbindung mit einer Eltern-Kind-Wohngemeinschaft (bislang Mutter-Kind-Wohnen) neu gebaut. Aus diesen Neubau folgt sodann, dass die Ludwig-Beck-Schule erweitert und mehr Schulplätze zur Verfügung gestellt werden können.

Einstimmig (Kenntnisnahme)

0013 **Verschiedenes**  
(keine Wortmeldungen)

## Tagesordnung II

0014 **22-F-63-0003**  
Initiative Toleranz Tunnel nach Wiesbaden holen  
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 18.01.2022 -  
- Bericht des Dezernates VI vom 22.12.2022 -

Einstimmig (Kenntnisnahme)

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie am 25. Januar 2023

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

0015 22-F-63-0067

Sachstand zur Vermittlung von arbeitslosen Jugendlichen und Erwachsenen mit besonderem Unterstützungsbedarf in Qualifizierungsmaßnahmen  
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 28.08.2022 -  
- Bericht des Dezernates VI vom 25.11.2022 -

Einstimmig (Kenntnisnahme)

0016 22-F-63-0097

Sprachförderung in Kitas  
- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 19.10.2022 -  
- Bericht des Dezernates VI vom 22.12.2022 -

Einstimmig (Kenntnisnahme)

0017 22-V-33-0003

Integrationsbericht 2019-2020

Einstimmig

0018 22-V-50-0010

Umsetzung des Wohngeld-Plus-Gesetzes; Personalaufstockung im Sachgebiet Wohngeldbehörde (500230) des Sozialleistungs- und Jobcenters

Einstimmig

Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie am 25. Januar 2023

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

0019 22-V-50-0011

Kofinanzierung eines ESF-Förderprogramms "Eingliederung hilft gegen Ausgrenzung der am stärksten benachteiligten Personen (EhAP+)"

**Einstimmig**

0020 22-V-51-0054

Freigabe aus Zusetzungen Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen im Rahmen der Jugendarbeit

**Einstimmig**

**Anlagen**

Wiesbaden, .01.2023

**Stellv. Vorsitzender**

von Seemen

**Schriftführerin**

Wenzel